

**BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND;
BROT FÜR DIE WELT; EVANGELISCHER ENTWICKLUNGSDIENST (Hrsg.):
Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß
zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für
Klima, Umwelt, Energie**

Frankfurt a. M. 2008

Fischer Taschenbuch Verlag, 656 S.

Zukunftsstudien haben Konjunktur und sind seit Jahrzehnten ein etablierter Bestandteil politischer Diskurse. Selten erscheinen sie jedoch so konstruktiv und zudem so gut lesbar wie die Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie zum zukunftsfähigen Deutschland in einer – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und ökologisch – globalisierten Welt. Klimawandel, Ressourcenverknappung, Umweltbelastungen und immer größere innerstaatliche und globale Wohlstandsgefälle sind die großen Probleme unserer Zeit, die der Studie Aktualität und Relevanz verleihen. Dem Untertitel, der das Werk als Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte beschreibt, wird das Buch allerdings nicht gerecht: Die Debatte um die Zukunft der (globalen) Gesellschaft im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen ist längst angestoßen, und es handelt sich hier auch nicht um ein Erstlingswerk; bereits 1996 erarbeitete das Wuppertal Institut eine umfangreiche Studie zum Thema, damals im Auftrag von BUND und Misereor. Diese Vorarbeit ermöglicht insbesondere kritische Bilanzen. Wichtiger aber noch ist, dass die Studie weit darüber hinausgeht, auf Missstände aufmerksam zu machen, vielmehr wird auch ein Katalog von teils sehr konkreten Maßnahmen zur Lösung der identifizierten Probleme vorgeschlagen, deren Umsetzung zwar ambitioniert, aber nicht unrealistisch ist.

Das Leitbild für ein zukunftsfähiges Deutschland folgt der Überwindung des »fossil-zentralen Pfades« der seit gut 150 Jahren dominierenden Wirtschaftsweise durch das Beschreiten eines »solar-vernetzten Pfades« für das 21. Jahrhundert und darüber hinaus. »Denn eine fossile Ressourcenbasis leistet Vorschub für zentralisierte, kapitalintensive und grenzüberschreitende Wirtschaftsstrukturen, während eine solare Ressourcenbasis dezentrale, kapitalschlanke und lokal verflochtene Wirtschaftsstrukturen begünstigt« (S. 231). Mit letzterer soll ein Entwicklungspfad

beschritten werden, der entlang der Kriterien Effizienz, Naturverträglichkeit und Suffizienz einen sozial gerecht verteilten und vor allem ökologisch nachhaltigen Wohlstand für alle ermöglicht. Damit ist weder eine Rückkehr zu autochthonen Lebensweisen gemeint (was ohne größere Katastrophen auch kaum möglich und ohnehin nicht wünschenswert wäre), noch soll dadurch die Lösung aller Probleme durch eine universelle Versorgung mit Solaranlagen nahegelegt werden. Es geht vielmehr darum, globale, ressourcenverschwendende Produktionsketten zu reformieren, die nur deshalb profitabel erscheinen – und es auch derzeit sind –, weil ihre realen natürlichen und sozialen Kosten von den Produzenten externalisiert, also auf andere, die sich (noch) nicht wehren können, abgewälzt werden. Das aber, so macht es die Studie des Wuppertal Instituts in beispielhafter Interdisziplinarität deutlich, ist nicht nur eine Frage der Ökologie oder der Ökonomie, sondern auch eine der politischen Strukturen. Zugleich ist die ökologische Frage auch eine soziale, da ökologische Probleme meistens entlang sozialer Ungleichheiten strukturiert sind bzw. diese mitbedingen.

Das Buch ist in sechs Abschnitte gegliedert, die durch Schlaglichter (Beispiele aus der Gegenwart) und Ausblicke (Ausschnitte aus positiven Zukunftsszenarien) veranschaulicht werden. Nach einer Analyse der »Ausgangslagen« (A), die Fehlentwicklungen in den Bereichen Ressourcenverbrauch, Umweltbelastung und zwischenstaatlicher, internationaler sowie globaler Ungleichheit identifiziert, werden Bilanzen (B) hinsichtlich der Rolle Deutschlands im »Weltumweltraum« und im »Weltwirtschaftsraum« gezogen, insbesondere vor dem Hintergrund der Studie von 1996. Diese stimmen zum Teil optimistisch, weil es Deutschland z. B. mit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000 gelungen ist, den Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch weit über die Erwartungen von 1996 hinaus zu erhöhen (S. 132ff). Andererseits liefert dies keinen Anlass zur Beruhigung, denn Deutschlands Verbrauch an Energie und anderen Ressourcen pro Kopf ist im Hinblick auf die Belastung der Umwelt immer noch zu hoch, wenngleich auch nicht so extrem wie z. B. in den USA. Die in den letzten Jahren stetig gewachsene Exportorientierung Deutschlands mit den Schwerpunkten Fahrzeug- und Maschinenbau und Chemie stellt dabei nicht nur aufgrund der Transportintensität eine erhebliche Umweltbelastung dar, sondern ist auch in sozialer Hinsicht problematisch, da die auf Lohnzurückhaltung basierende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportindustrien inner- wie zwischenstaatlich in besonderem Maße Ungleichheiten und Instabilitäten fördert. Eine Umorientierung ist also unvermeidlich. Im Anschluss an die Bilanzen kommen daher Leitbilder (C) auf den Prüfstand: Wie ernst nimmt Deutschland es mit seiner Verpflichtung gegenüber Menschen aus anderen Teilen der Welt? Was heißt ökologisch nachhaltiger Wohlstand und was bedeutet eine Gesellschaft der Teilhabe? Wie sieht eine konsequente gesamtwirtschaftliche Orientierung aus? Die skizzierten Leitbilder sind kohärent und plausibel, wobei an bestehende Positionen in der politischen Debatte angeknüpft wird. Vor dem Hintergrund der zuvor

dargestellten Analysen jedoch ergibt sich dringender Handlungsbedarf, der im folgenden Kapitel thematisiert wird: »Für einen Kurswechsel in Deutschland und Europa« (D). Die darunter versammelten Vorschläge reichen von einer konsequenteren Orientierung auf erneuerbare Energien über Steigerungen der Ressourceneffizienz, eine dem Gemeinwohl verpflichtete und gegenüber sinnvoller Regionalisierung aufgeschlossene Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik des Staates bis hin zur Neustrukturierung der Arbeitsgesellschaft in Richtung einer Tätigkeitsgesellschaft, die auch nicht kommodifizierte Tätigkeiten anerkennt und Arbeit »fair teilt« (S. 427ff) – etwa mit einer »kurzen Vollzeit für alle«, flexiblen Jahresarbeitszeitkonten, Mindestlöhnen und negativer Einkommenssteuer sowie nicht zuletzt einer (besseren) Förderung der Bürgerarbeit. Angesichts der immer intensiveren globalen Verflechtung kann ein solcher Kurswechsel seine Wirkung allerdings nur in einem geeigneten globalen Rahmen entfalten, weshalb dieser in dem anschließenden Abschnitt, »Übereinkünfte global« (E), gewürdigt wird. Das Plädoyer für verstärkte wirtschaftliche Regionalisierung ist somit nicht zu verwechseln mit Isolationismus, sondern im Verein mit der Forderung nach einer sozial-ökologisch orientierten globalen Integration und Koordination zu sehen. Auch hier wird an bestehende, in der etablierten Diskussion befindliche Positionen angeknüpft, deren Umsetzung in der Praxis allerdings meist doppelten Standards folgt, die der Macht der jeweiligen Interessengruppen entsprechen. Aber es geht nicht darum, z. B. die Welthandelsorganisation abzuschaffen (wie manche Globalisierungsgegner meinen), sondern sie trotz aller Widerstände sozial und ökologisch zu reformieren. Die damit verbundene politische Haltung, die sich durch das gesamte Buch zieht, könnte als »ambitionierter Pragmatismus« bezeichnet werden, dem Zukunftseuphorie genauso fremd ist wie resignative Untergangsstimmung angesichts säkularer Fehlentwicklungen. So wird auch das ressourcenintensive Zeitalter des bisherigen »fossil-zentralen Pfades« nicht als bloßer Irrweg angesehen, denn, wie es an anderer Stelle heißt, es hinterlässt »ein Erbe an Technologien, Kenntnissen und Kompetenzen, das ohne diesen historischen Umweg nicht hätte gewonnen werden können« (S. 227). Die geschichtstheoretischen und -politischen Implikationen dieser Haltung gehen sicher weiter als es an dieser Stelle erörtert werden kann, im Vordergrund der Studie stehen allerdings die darauf aufbauenden Handlungsbedarfe und -optionen. Diese machen vor den Verhaltensweisen Einzelner nicht halt, die im letzten größeren Abschnitt »Engagement vor Ort« (F) im Zentrum stehen. Dieser zeigt Möglichkeiten, die, besonders in den wohlhabenderen Gesellschaften, nahezu jeder und jedem zur Verfügung stehen – vom Engagement in kommunalen Strukturen bis hin zu strategischem Konsum und sozial-ökologisch bewusster privater Lebensführung. Im abschließenden »Ausblick« wird unter dem Ziel, eine »2000-Watt-Gesellschaft« zu erreichen (derzeit verbraucht jeder Mensch in Deutschland im Jahresdurchschnitt 6500 Watt Energie) der verbreiteten Vorstellung widersprochen, die Politik habe in der Globalisierung abgedankt. Denn wenn es auch unabdingbar

ist, »(...) das eigene Verhalten den gewonnenen Einsichten anzugleichen, als Verbraucher einen maßvollen Lebensstil zu praktizieren oder als Produzent auch in sozialer und ökologischer Verantwortung zu investieren (...), bewirkt das nicht genug. Es bedarf auch institutioneller Leitplanken und systemischer Sperrn. Deshalb sind die politischen Akteure wie kaum jemals zuvor aufgerufen, das Allgemeininteresse an Leben und Überleben gegen die Partikularinteressen an Komfort und Profit zur Geltung zu bringen« (S. 603).

Sicher ließe sich die Studie noch verbessern. So legt die Wendung von der »fossilen« oder »postfossilen Zivilisation« nahe, auch die sozialpsychologischen Bedingungen der heutigen wie der angestrebten Verhältnisse genauer zu beleuchten, was in der Studie nur sehr oberflächlich geschieht. Auch wird der Begriff des wirtschaftlichen Wachstums auf verschiedene, teils irritierende Weise gebraucht, etwa negativ konnotiert im Sinne eines bloßen Outputwachstums mit entsprechend steigendem Ressourcenverbrauch oder positiver im Sinne von wachsender Arbeits- und Ressourceneffizienz. Aber diese Defizite erscheinen gegenüber dem auch didaktisch hervorragend ausgearbeiteten Gesamtbild, das die Studie zeichnet, geradezu kleinlich. Wer an einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung interessiert ist, ob privat, wissenschaftlich oder politisch, sollte diese Studie zur Pflichtlektüre nehmen.

*Michael Fischer,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn*

WARWICK COMMISSION:

The Multilateral Trade Regime: Which Way Forward?

The Report of the First Warwick Commission

Coventry 2007

Warwick University: 92 p.

The global economic governance system is in serious disarray. Its main constituent organizations and institutions – namely the World Trade Organization (WTO), the International Monetary Fund (IMF), and the World Bank – are mired in a deep credibility and legitimacy crisis. They were unable to forecast adequately or respond robustly to, much less prevent the food, energy, financial and economic calamities that started unfolding in 2008. Their structures no longer reflect current geopolitical realities, giving rise to what is now widely referred to as a »global governance gap.« Wholesale recession and growing protectionism are endangering multilateralism as such. The palpable need for fundamental reforms has triggered an intensive debate on the future architecture of the global economic governance system.

The Report of the First Warwick Commission, entitled »The Multilateral Trade Regime: Which Way Forward?«, is a timely and valuable contribution to

this ongoing discourse. It builds on older reform proposals, first and foremost the Sutherland Report (2004). Its main message is that the structure of the international trade governance system needs to be recalibrated to the new economic and political realities. It offers a set of 10 pragmatic recommendations on how to improve the WTO's rules, principles, and processes, based on a thorough and impartial analysis of the most pressing problems. Moreover, the Report's vivid style makes it an easily digestible read.

The Warwick Commission was chaired by former Canadian Minister for International Trade, the Honourable Pierre S. Pettigrew, and included trade economists and lawyers, political economists and trade negotiators, as well as senior private and civil society actors from both developed and developing countries, all of them renowned for their respective expertise. The main weakness of the Report, perhaps, is that the authors restricted themselves to devising recommendations that are »reasoned rather than ideological, and reformist rather than revolutionary« (p. 9). Thus, like most of their predecessors, they remained trapped in the – undoubtedly also important – procedural details instead of elaborating a more comprehensive, innovative, and far-sighted WTO reform agenda for the twenty-first century.

The Report begins by setting out five key challenges for the multilateral trading system in general and the WTO in particular, discusses the major reform areas in four chapters, and then draws a number of conclusions. The chapters are clearly structured, beginning with a nuanced presentation of the ongoing debate, followed by brief conclusions and concrete recommendations. This allows the reader to take an »à la carte« approach: While policy-makers might prefer to read only the recommendations, trade experts might also want to scrutinize the argumentation leading up to them. A short bibliographical note (Appendix I) provides academics and interested scholars with a commented list of background literature and useful suggestions for further reading.

The five key challenges are as follows: countering the growing skepticism in industrialized countries concerning further (multilateral) trade liberalization; ensuring that the multipolar global governance system does not lead to the disengagement of its major players; reaching a consensus on the WTO's objectives, functions, and contested boundaries; reconciling the WTO's trade rules with fairness, justice, and development for the benefit of its weakest members; and addressing the inconsistency between Preferential Trade Agreements and the WTO's principles of non-discrimination and transparency.

The first chapter lays the foundations by analyzing the new political and economic circumstances. It argues that the transition from a bipolar – United States and Western Europe – to a multipolar multilateral trading system has increased the complexity of reaching a consensus at international level. Remarkably, the authors acknowledge the shrinking support for the current model of trade liberalization, warning that the »uneven distribution of welfare gains from interna-

tional trade – both among and within states – is a major issue affecting the long-term political support for the multilateral trading regime« (p. 19). While they rightly call on governments to improve national distribution and labor market policies, the authors do not tackle the unbalanced multilateral trade rules and irresponsible corporate behavior, which have had a significant influence on current difficulties.

The second chapter constitutes the heart of the Report and deals with the WTO's three most contentious reform areas: its decision-making and agenda-setting processes, and its Dispute Settlement Mechanism. The main recommendation concerns the decision-making process. The Report suggests a »critical mass« approach, which would allow a group of like-minded countries to move ahead and agree on particular issues (»variable geometry«) as long as they fulfill certain criteria (pp. 30–32). This approach was applied in multilateral trade negotiations before the Uruguay Round (1986–94), with mixed results. Given the current deadlock in the Doha Round negotiations, such an approach might gain attractiveness for future multilateral trade negotiations. Concerning the contested boundaries of the WTO, the Report cautions that there is no easy answer to the question of »where the mandate of the WTO stops in a coherent system of international cooperation« (p. 27). While it touches on the old »Singapore issues« and the relationship between trade and labor, the environment and gender, it leaves out the controversial debate on whether and how exchange rates should be considered under WTO rules. The announcement by the new US administration that it would take action against China's undervalued Renminbi, the effect of which is similar to an export subsidy, has rekindled that dispute. Experts of the United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) Secretariat have long wondered how it could be possible to regulate trade without taking into account the »terms of trade.« With regard to the Dispute Settlement Mechanism, one really valuable recommendation is to get the condemned WTO member to provide cash compensation to the country harmed. This would kill two birds with one stone: On the one hand, the current practice of trade sanctions contradicts the WTO's overall objective of facilitating trade; on the other hand, retaliatory measures have proven rather ineffective for small economies (p. 33). However, the authors themselves recognize the practical difficulties, such as fixing the right amount of compensation, collecting the fine, and getting the incentive structure right (p. 35).

The third chapter reviews the ideological dispute on the relationship between trade and development. It stresses that the interlinkages are extremely complex and very much depend on national circumstances. While some developing countries, most notably Asian economies, have used trade successfully as a tool for development, others, such as most African countries, have not (yet) been able to do so. Concerning the role of the WTO, the authors rightly mention that three factors influence its members' development prospects: the negotiating agenda,

the policy design of the agreed trade rules, and how they are implemented. However, it does not take up developing countries' current main concerns, which are also the main stumbling blocks of the Doha Round negotiations: the elimination of tariff escalation for their main export products and the agricultural subsidies of the industrialized countries. The Report only concedes in the final conclusions (p. 55) – somewhat defensively – that the present negotiations were not taken into consideration. Instead, the chapter includes a lengthy discussion on the practicality of Special and Differential Treatment and the Aid for Trade initiative. However, it does touch upon one of the most delicate issues in multilateral trade negotiations: Brazil, China, India, and other emerging powers still categorize themselves as »developing countries.« In principle, this entitles them to the same flexibilities as Bolivia, Kenya, or Indonesia (p. 39). Since there are tremendous economic differences between these countries, however, a reclassification of WTO members, with corresponding sliding scale commitments, seems indispensable. In the Doha Round negotiations, certain differentiation is already applied *de facto* and has led to a complex set of flexibilities; however, the outcome reflects the negotiating success (and power) of the respective countries, rather than an agreed *de jure* principle.

The fourth chapter provides the reader with a concise overview of the relationship between Preferential Trade Agreements (PTAs) and WTO rules, and offers different options on how to reconcile this tension. The first one, praised as the »most elegant way« (p. 51) – namely, to reduce all Most Favoured Nation (MFN) tariffs to zero – seems doubtful from a development perspective, given that one of the few trade policy tools still available for developing countries is precisely their tariffs. The most prominent opponent of such a step would probably be heterodox economist Ha-Joon Chang, author of »Why Developing Countries Need Tariffs« (2005). However, the recommendations that major industrialized countries should refrain from concluding PTAs among themselves and that the WTO's Transparency Mechanism should be made permanent are valuable and deserve serious consideration.

The conclusion »Which Way Forward?« reemphasizes the need to start a »constructive, non-litigious, non-confrontational« (p. 56) reflection process on the future of the multilateral trading system. In this respect, the report offers a good overview of the main reform areas and modest but realistic recommendations. However, more fundamental reforms are necessary to transform the WTO into a system that is robust enough to confront the challenges of the twenty-first century. In this context, the Report's main weakness turns into its main strength, namely to provoke and inspire the reader to further develop the recommendations. WTO Director-General Pascal Lamy, who was reappointed for a second four-year term and has proven very open to reform proposals, presented his own vision of the WTO's future on April 29, 2009. This has already triggered a broader discussion in the run up to the next regular WTO Ministerial Conference that will

be held before the end of this year. Since it might be unduly optimistic to rely on the enlightened self-interest of bureaucrats to push for restructuring, it will very much depend on pressure from civil society groups from outside the system to bring about change. The WTO clearly risks becoming sidelined if it is unable to address new issues and to increase its efficiency, fairness, and legitimacy.

*Steffen Grammling,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Geneva*

BERND GREINER / CHRISTIAN TH. MÜLLER / DIERK WALTER (Hrsg.):

**Krisen im Kalten Krieg
(Studien zum Kalten Krieg, Bd. 2)**

Hamburg 2008

Hamburger Edition, 547 S.

Wen die Erinnerung an den Kalten Krieg noch heute frösteln lässt, der muss zu diesem Buch greifen. Denn hier findet er genügend Belege für seine diffusen Empfindungen. Und wer wissen will, warum der Kalte Krieg immer wieder explosive Momente hervorbrachte, der ist mit diesem Sammelband ebenfalls auf der Höhe der Zeit.

Siebzehn Autoren schildern unter Hinzuziehung bisher unbekannter oder nicht zugänglicher Dokumente wichtige Krisen in Europa, dem Nahen Osten, in Afrika, der Karibik und in Ostasien. Sie erklären Entstehung, Ablauf und Folgen dieser Konflikte. Die Kriege in Korea, im Kongo und im Nahen Osten, die Krisen um Berlin, Kuba und Suez, die Aufstände in Osteuropa erhalten hier eine Akzentverschiebung oder gar Neubewertung. Allein diese Beiträge machen das Buch zu einer zeitgeschichtlichen Fundgrube und einem wahren Lesevergnügen. Was den Sammelband aber noch wertvoller macht, sind die Einsichten, Konsequenzen und Lehren für das heutige Handeln angesichts zahlreicher internationaler Krisen. Die Aufsätze vereinen Ereignisgeschichte und systematische Einsichten in die Handlungszwänge krisengeplagter Entscheidungsträger. Die Vorbereitung und der Ablauf der Suez-Krise sind ein glänzendes Beispiel für zerstörerische Gruppendynamiken, bürokratischen Ehrgeiz und Misstrauen in Bündnissen und Koalitionen. Die selbstverschuldete Blind- und Taubheit der amerikanischen Nachrichtendienste während des Ungarnaufstands 1956 erinnern fatal an ähnliche Fehleinschätzungen während der jüngsten Konflikte. Vor allem die mangelnden Kenntnisse über tatsächliches sowjetisches Denken und Handeln sind verblüffend und insofern aufschlussreich, weil man auch heute relativ wenig über die Absichten und das Denken neuer oder angeblicher Gegner zu wissen scheint. Zweifellos wissen wir seit der kritischen Friedensforschung, dass das atomare Wettrüsten gleichsam krankhafte Züge annehmen konnte und die Verantwort-

lichen alles daransetzten, nukleare Kriegsführungsfähigkeit herzustellen. Doch wie nachhaltig diese Waffen das Denken der Verantwortlichen beeinflussen konnten, wird jetzt angesichts der neuen Quellenlage endgültig erkennbar. Atomwaffen erhöhen zweifellos in vielen Fällen die Risikobereitschaft der Verantwortlichen und können zu irrationalen und unberechenbaren Fehlern führen. Angesichts der mangelnden Abrüstungsbereitschaft der Atommächte und der zunehmenden Gefahr durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen können diese Erkenntnisse nur eins bedeuten: Eine atomwaffenfreie Welt muss die Handlungsanleitung für eine realistische Politik bleiben.

*Rolf Mützenich,
Berlin*

Wie weiter mit dem Völkerrecht?

GERD HANKEL (Hrsg.):

Die Macht und das Recht. Beiträge zum Völkerrecht und Völkerstrafrecht am Beginn des 21. Jahrhunderts

Hamburg 2007

Hamburger Edition, 461 S.

Angesichts der Tatsache, dass uns die modernen Medien nahezu jedes Massaker und jeden kriegerischen Konflikt in unsere Wohnzimmer übertragen, dass die Namen der Strippenzieher und Hintermänner von Kriegsverbrechen weitläufig bekannt sind, dass Menschenrechtsorganisationen immer öfter Völkerrechtsvergehen aufdecken und publik machen, rückt die Frage eines internationalen strafrechtlichen Umgangs mit schweren und schwersten Verbrechen immer stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Zuletzt sorgten der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag gegen den sudanesischen Präsidenten Umar al-Baschir sowie die Festnahme und Überstellung des bosnischen Serbenführers Radovan Karadzic an das UN-Kriegsverbrechertribunal für Aufsehen und ließen die Hoffnungen auf eine internationale Rechtsprechung wachsen. Zugleich wirken das ungestrafte kriegerische Treiben von Warlords, Milizen und terroristischen Organisationen einerseits sowie das folgenlose radikale Vorgehen privater Söldnertruppen andererseits wie ein Treppenwitz der internationalen Rechtsprechung, die ohne eigene Vollzugskräfte quasi machtlos zur tatenlosen Zeugenschaft grauenhafter Verbrechen und brutalen Handelns gezwungen ist.

Schwere und schwerste Verbrechen, ob von Einzelpersonen, Gruppen oder Staaten begangen, bleiben nicht mehr verborgen. Medien verbreiten sie innerhalb von Minuten auf dem ganzen Globus und tragen sie in unser Leben. Die öffentlich-mediale Aufmerksamkeit macht das Wegschauen und Ignorieren unmöglich. Auch Juristen, Politologen, Soziologen und Historiker beschäftigen

sich zunehmend mit Fragen des internationalen Völker(straf)rechts. So ist es in den vergangenen Jahren zu einer wahren Flut an Publikationen zum Völkerrecht und Völkerstrafrecht gekommen. »Die Macht und das Recht«, herausgegeben von dem Juristen Gerd Hankel, ragt aus diesen Neuerscheinungen heraus, da es dem Sammelband gelingt, die Genese und bisherigen Erfahrungen internationaler Rechtsprechungsinstanzen verdichtet aufzuzeigen sowie die dringenden Herausforderungen und Perspektiven des Völkerrechts herauszuarbeiten. Hankel wendet sich mit diesem Band zum zweiten Mal der internationalen Strafgerichtsbarkeit zu. Bereits 1995 erschien in gemeinsamer Federführung mit Gerhard Stuby die Aufsatzsammlung »Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen«, die sich den damaligen Herausforderungen der internationalen Strafgerichtsbarkeit vor dem noch lebendigen Hintergrund der Kriegsverbrechen in Jugoslawien und Ruanda zuwandte.

Der erste Teil des Bandes trägt den Titel »Völkerrechtsverbrechen und die Möglichkeiten ihrer Ahndung«. Seinen Ausgang nimmt die in der Geschichte des 20. Jahrhunderts verankerte Analyse in der von Frank Neubacher aufgeworfenen Frage, wie derartige Verbrechen, wie sie in Kambodscha, Jugoslawien und Ruanda geschehen sind oder sich aktuell im Sudan und Kongo abspielen, ethisch-moralisch überhaupt möglich sind. Die folgenden Beiträge widmen sich den verschiedenen Instrumenten des internationalen Völkerrechts und ihrem Verhältnis zu den nationalen Institutionen. Volker Nerlich bietet dabei mit seinem Beitrag einen tadellosen Überblick über Struktur, Zuständigkeiten und Arbeitsweise der unterschiedlichen Instrumente der internationalen Rechtsprechung. Und trotz der aufgezeigten Vielfalt, meint Nerlich, dürfte die Ahndung schwerer und schwerster Verbrechen hauptsächlich »vor innerstaatlichen Gerichten geführt werden; Strafverfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) werden die Ausnahme bleiben« (S. 93). Die Chilenin Claudia Cárdenas-Aravena streicht den Handlungsrahmen des IStGH heraus und widerlegt damit die Bedenken der Staaten, die das dem IStGH zugrunde liegende Rom-Statut nicht ratifizieren wollen – darunter die drei UN-Sicherheitsratsmitglieder USA, China und Russland. Exzellent ist der Aufsatz zur völkerstrafrechtlichen Integration der Ahndung sexueller Gewalt von Anja Seibert-Fohr. Die Wissenschaftlerin vom Heidelberger Max-Planck-Institut für Völkerrecht zeichnet darin nicht nur eindrucksvoll die Geschichte der sozialen und juristischen Anerkennung spezifisch gegen Frauen gerichteter Gewalt nach, sondern diskutiert klug die in den verschiedenen Kontexten zur Anwendung gekommenen Definitionen von sexueller Gewalt und deren Folgen für die internationale Rechtsprechung. Was auch immer es zu diesem Thema zu sagen gibt, steht in diesem Aufsatz. William A. Schabas schließt den ersten Teil mit der provozierenden These, dass die immer wiederkehrende Suche nach der Existenz eines Völkermordtatbestands (z. B. Armenien, Kambodscha, Darfur) rechtlich keine Rolle spiele, denn »jedes Vergehen, das den Tatbestand des Genozids erfüllt, entspricht auch der Definition eines Verbrechens

gegen die Menschlichkeit« (S. 198). Eine effektive strafrechtliche Verfolgung sei so viel einfacher möglich und würde keine strafmildernden Folgen haben. Allein die moralische Dimension einer möglichen Völkermordanklage würde nicht erreicht. Ein solcher Ansatz könnte die fortdauernden Diskussionen um eventuelle Erweiterungen des Völkermordkatalogs (Demozid, Sozozid, Politizid) vielleicht beenden und zu einer pragmatischen Lösung führen.

Der anschließende zweite Teil des Bandes widmet sich den aktuellen Herausforderungen und Wirkungsmöglichkeiten der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Die amerikanische Rechtsprofessorin Mary Ellen O'Connell provoziert mit ihrer These, dass die zumeist unterfinanzierten humanitären Interventionen im Rahmen kriegerischer Konflikte »mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen« (S. 247). Sie würden internationale Regeln untergraben und manchen Konflikt nur noch zusätzlich anheizen, meint die Amerikanerin. Und damit steht sie nicht allein da. Eine Vielzahl von Konfliktsoziologen betrachtet die internationalen militärischen Einsätze und humanitären Interventionsregime durchaus kritisch, da die Interventionskräfte stark auf das Wohlwollen der Konfliktparteien angewiesen sind und diesen zugleich die Möglichkeit zum Rückzug und zur Erholung unter internationalem Schutz bieten. So alimentieren sie ganz wesentlich die Kriegsökonomien. Der Westen sei allerdings in einer ethisch-moralischen Zwangslage, die ihn zur Intervention zwingt, entgegen dem der Politologe Herfried Münkler. Die mediale Nähe zu den stattfindenden Völkerrechtsverbrechen trage die Tragödien der neuen Kriege bis in unsere Wohnzimmer und erhöhe folglich den Druck auf die westlichen Regierungen, zum Mittel der »humanitären militärischen Intervention« (S. 319) zu greifen. Wird die Ethisierung des Krieges also zum moralischen Druckmittel zugunsten internationaler Einsätze? Gerd Hankel widerspricht auf seine Weise. In seinem Beitrag zum »Kombattantenstatus in asymmetrischen Kriegen« bezeichnet er die Vorstellung, mit Waffengewalt Freiheit und Demokratie zu implantieren, als »selbstgerecht-zynisch« (S. 416). Beide haben Recht, doch kommt es auf den Zeitraum, den sie ins Auge fassen, nicht wirklich an. Der Kanadier Roland Paris zeigte unlängst in seiner Studie »Wenn die Waffen schweigen«, dass die vorrangigen Ziele von Interventionsregimen in der Schaffung einer friedfertigen Gesellschaft liegen müssten und ihre wirkliche Herausforderung daher erst in der Post-Konfliktphase beginne.

Claus Krefß, Direktor des Instituts für Strafrecht an der Universität Köln, belegt in seinem erstklassigen Beitrag zum »Völkerstrafrecht der dritten Generation gegen transnationale Gewalt Privater«, warum Akteure wie Al-Quaida, Hisbollah oder PKK nicht nur in der Art und Weise der Gewaltausübung neue Maßstäbe setzen, sondern dabei auch in eine klaffende Lücke des internationalen Strafrechts stoßen. Eine völkerrechtliche Strafbarkeit des transnationalen Terrorismus sei durch die gegebenen internationalen Regeln bis heute nicht abgesichert, erläutert Krefß, da sich der grenzüberschreitende terroristische Gewaltakt nicht in eng definierte Kategorien des Völkerstrafrechts einordnen lässt. Eine praktikable

Lösung der Strafverfolgung sieht er einzig in der Verbindung des völkerrechtlichen Anspruchs der Staaten auf Selbstverteidigung mit den internationalen Menschenrechtsstandards. Bedauerlich einzig, dass Krefß' Beitrag nicht ein analoger Aufsatz zur Seite gestellt wurde, der sich mit der anderen Seite der Asymmetrie auseinandersetzt. Der mögliche völkerrechtliche Umgang mit der wachsenden Rolle privater Militärdienstleister, sprich Söldner, in den neuen Kriegen und deren zunehmende Verwicklung in völkerrechtlich relevante Zwischenfälle, wie im Irak im September 2007, findet in Hankels Band leider keine Berücksichtigung.

Insgesamt macht der zweite Teil des Bandes deutlich, dass in der Asymmetrisierung der Kriege, wie sie Herfried Münkler dereinst für die Formen von Kriegen zwischen Staaten und privaten, nicht-staatlichen Akteuren beschrieb und wie sie inzwischen auch zwischen privaten Söldnerheeren und nicht-staatlichen Terrororganisationen ausgetragen werden, *die* Herausforderung für das internationale Strafrecht liegt. Eine Vielzahl der problematischen Erfahrungen in solchen Konflikten werden hier aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und zugänglich gemacht.

Alles in allem versammelt Hankels Band zwölf fachlich fundierte Aufsätze, die das Völker(straf)recht im Hier und Jetzt verorten und Perspektiven aus den historischen Erfahrungen herausarbeiten. Dabei sind die versammelten Autoren nicht in das Fachkauerwelsch der internationalen Justiz verfallen, sondern haben, ohne dabei den Inhalt negativ zu beeinflussen, die verschiedenen Themenbereiche in einer verständlichen und leserfreundlichen Sprache verfasst. »Die Macht und das Recht« ist damit insbesondere den nicht-juristischen Interessenten zu empfehlen, auch solchen, die noch keine tiefgehenden Kenntnisse im Bereich des Völkerrechts besitzen. Zugleich ist der Band auch eine hervorragende Ergänzung zu dem von Kühne, Esser und Gerding herausgegebenen Standardwerk »Völkerstrafrecht«, das sich eher an die Fachleserschaft wendet. Ob Experte oder Laie – wer an einer weiterführenden, vielseitig fundierten und zeitgemäßen Debatte über die aktuellen Herausforderungen der internationalen Rechtsprechung interessiert ist, liegt bei Hankels Band goldrichtig.

*Thomas Hummitzsch,
Berlin*

Im strategischen Niemandsland: Deutschland und die Bundeswehr

KLAUS NAUMANN:

Einsatz ohne Ziel?

Die Politikbedürftigkeit des Militärischen

Hamburg 2008

Hamburger Edition, 138 S.

Der Begriff Strategie ist aus dem politischen Vokabular nicht wegzudenken. Trotz seiner inflationären Verwendung hat er jedoch seinen ursprünglichen Platz in der Sicherheitspolitik. Um diese geht es in dem vorliegenden überschaubaren Band von Klaus Naumann. Sein zentrales Anliegen ist, das Verhältnis von Politik und Militär unter den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zu beleuchten. Hierbei nimmt er drei große Themenbereiche in den Blick: (i) die Strategiefähigkeit der Politik zur Formulierung kohärenter Sicherheitspolitiken; (ii) die Rolle der militärischen Elite im Verhältnis zur Politik sowie (iii) die Rolle der Wehrpflicht vor dem Hintergrund der neuen globalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen.

Ausgangspunkt ist die mangelhafte Strategiefähigkeit der deutschen politischen Institutionen. Sie hätten den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen noch nicht genug Rechnung getragen. An Stelle der Landes- und ggf. Bündnisverteidigung treten zwar zunehmend Konzepte wie jenes der vernetzten Sicherheit; abgesehen von wohlklingenden Bekundungen sei es aber mit der integrierten Perspektive auf den Themenkomplex Sicherheit in Exekutive und insbesondere Legislative nicht weit her. Zu stark würden das Ressort- und Ausschussprinzip alte Denkmuster aufrechterhalten. Die Konsequenz sei eine Fokussierung auf die militärische Komponente von Auslandseinsätzen, die zudem jeweils nur notdürftig pragmatisch begründet würden. Eine kohärente Begründung, ausgehend von einem belastbaren strategischen Konzept, werde nicht geboten. Zusammen mit dem oft genutzten Verweis auf multilaterale Verpflichtungen entziehe sich die Politik hier ihrer Verantwortung, was auch darin zum Ausdruck komme, dass bei den Beratungen mit Partnerstaaten oft lediglich eine reaktive Position eingenommen werde. Am Ende hätte man sich aus bündnispolitischen Gründen schon vielfach mit bereits gefällten Entscheidungen arrangieren müssen.

Als Lösungsvorschlag bietet Naumann die schon verschiedentlich eingebrachte Idee einer Stärkung des Bundessicherheitsrates und die Einrichtung eines Querschnittsausschusses des Bundestages zur Mandatierung von deutschen Auslandseinsätzen an. Gerade letzterer solle friedenserhaltende Einsätze und die verfolgten Strategien im parlamentarischen Rahmen umfassend diskutieren, ohne sich zu sehr auf den militärischen Aspekt zu konzentrieren. Durch eine verpflichtende alljährliche Vorlage eines sicherheitspolitischen Leitliniendokuments solle die Bundes-

regierung zudem motiviert werden, strategische Vorstellungen zu entwickeln und somit den Diskussionen über sicherheitspolitische Lagen und Friedensmissionen einen übergreifenden strategischen Bezugsrahmen zu bieten. Eine eingehende Diskussion weiterer Koordinationsmechanismen, wie beispielsweise des interministeriellen Ressortkreises »zivile Krisenprävention und Konfliktbewältigung« unterbleibt. Die Kritik des Autors an der mangelhaften Koordination in Exekutive und Legislative verbleibt so zu sehr im Allgemeinen, ebenso wie die Lösungsvorschläge, die über den Anspruch von Denkanstößen kaum hinausgehen.

Der zweite Abschnitt des Buches thematisiert die Rolle der Militärelite in Sicherheitspolitik und Einsatz. Die Demokratiekompatibilität der Militärelite habe sich bisher weitestgehend in einem funktionalistischen Selbstverständnis erschöpft. Man habe sich als Experten zur Schaffung von Sicherheit innerhalb von der Politik definierter sicherheitspolitischer Grenzen verstanden. Pragmatischer Kern war die Akzeptanz des Primats der Politik, die vielfach ihren Ausdruck in einer Art vorauseilendem Gehorsam führender Militärs gegenüber der Politik gefunden habe. Lediglich im Rahmen des Strategiewechsels von der »massiven Vergeltung« zu einer »flexiblen Reaktion« sei ein veränderter, genuin politischer Anspruch an die Militärelite gerichtet worden. Die politischen Konsequenzen des eigenen Verhaltens hätten – vor dem Hintergrund der nuklearen Eskalationsgefahr – bis hinunter zur taktischen Ebene eines Einsatzes berücksichtigt werden müssen. Eben solche politische Urteilsfähigkeit sei dem Autor zufolge auch in den heutigen komplexen Friedensmissionen vonnöten – ein mutiger und sehr treffender Vergleich. Zusätzlich gelte es aber, für die militärische Elite in den sicherheitspolitischen Diskussionen der »strategic community« Deutschlands eigene Kompetenz kritisch einzubringen.

Dieser zweite Teil des Buches zeichnet ein überzeugendes Bild der steigenden Ansprüche an militärische Eliten, ohne die Trennlinie zwischen Politik und Militär aufzuheben: »Das Militär verbleibt im Status der Abhängigkeit und des Angewiesenseins, wie immer es sich auch des politischen Sachverstandes bedienen mag. Letztentscheidung und Kontrolle sind dem politischen Raum und seinen Institutionen vorbehalten« (S. 87). Die Schlussfolgerung aus den steigenden Ansprüchen an die Militärelite lässt indes ein beklemmendes Gefühl zurück. Zwar ist der Fokus auf die Schlüsselbegriffe »Verantwortung« und »Urteilkraft«, die der Autor von den Mitgliedern der Militärelite fordert, zutreffend, die Auflistung der Qualitäten in einem postfunktionalen Elitetyp zeigt jedoch die wahre Dimension der so gefassten Herausforderung: Gesucht wird der »(...) Fachmilitär und Gewaltspezialist, [der] aber auch als Helfer und Vermittler, Berater und Interpret, Stratege und Akteur die erforderliche Kompetenz, Takt und Entschlossenheit (...) einbringt« (S. 88).

Im dritten Teil seiner Betrachtung des Verhältnisses zwischen Politik und Militär greift der Autor die Debatte um die Zukunft der Wehrpflicht auf. Ihre Weiterentwicklung werde ebenfalls durch die veränderten sicherheitspolitischen

Rahmenbedingungen erfordert. Doch darüber hinaus ginge es gerade bei der Wehrpflicht um eine Reformulierung von Staatsbürgerschaft, womit sich der Autor in eine schwierige Gemengelage begibt. Politiktheoretisch argumentiert er, dass der Bürger weiterhin eine Obligation habe, zur Sicherheitsvorsorge beizutragen. Der erforderliche Beitrag zur Sicherheitsvorsorge könne über die finanzielle Dimension in Form von Steuern hinausgehen, da der individuell-persönliche Pflichtbeitrag auch unter den veränderten Rahmenbedingungen durch rein professionelle Streitkräfte nicht ersetzt werden könne. Der Autor verweist hier treffend auf die mittlerweile relativierte These vom Ende der Massenarmee und die Desillusion im Hinblick auf die Veränderung der Einsatzbedingungen durch die Revolution in Military Affairs (RMA). Eine technologisch-hochgerüstete Armee mit einer vergleichsweise geringen Gesamtstärke kann zwar Kriege gegen technologisch unterlegene und zahlenmäßig weit überlegene gegnerische Streitkräfte gewinnen, der anschließende Frieden kann aber oftmals nicht von diesen hochgerüsteten »kleinen« Streitmächten gesichert werden. Komplexe Peace- und State-Building-Aufgaben erfordern größere Truppenstärken mit höheren zivil-militärischen Kompetenzen als die ihnen vorausgehenden militärischen Kampfhandlungen. Die Wehrpflicht, zeitlich flexibilisiert und als Wahlmöglichkeit unter einer Reihe von möglichen Solidardiensten, wäre laut Naumann geeignet, den Streitkräften die in komplexen Friedensmissionen erforderlichen zivil-militärischen Kompetenzen zu vermitteln.

Insgesamt verbleiben aber auch hier einige ungeklärte Fragen. Zunächst wird nicht ganz klar, welches Argument überwiegt: das pragmatische, welches zivile Qualifikationen beim Bürger identifiziert, die für die Bundeswehr von großer Bedeutung sind, oder das theoretische, welches beim Bürger eine Obligation ausmacht, die über finanzielle Beiträge zur Finanzierung des zentralen öffentlichen Gutes Sicherheit hinausgeht? Auch wird nicht begründet, wieso nur über Wehrpflichtige die erforderlichen zivil-militärischen Kompetenzen in die Streitkräfte vermittelt werden können. Schließlich verbleiben einige nicht thematisierte Problematiken, wie bspw. die Ausblendung des Genderaspektes in der Diskussion von zukünftigen Solidardiensten.

Fazit: Der vorliegende Band von Klaus Naumann führt drei wichtige Debatten zusammen. Tatsächlich muss die Frage der Wehrpflicht in einen Gesamtzusammenhang mit der Transformation der Streitkräfte und der strategischen Formulierung deutscher Sicherheits- und Außenpolitik gesetzt werden. Allerdings unterlässt es der Autor, die unterschiedliche Priorität der Themen zu benennen. So ist die erste und offensichtlich zentrale Frage diejenige nach der Strategie deutscher Sicherheitspolitik. Ohne eine solche muss sicherheitspolitisches Handeln hinter den Erwartungen zurückbleiben. Die formulierten umfangreichen Anforderungen an die militärische Elite machen vor allem im Hinblick auf eine tragfähige sicherheitspolitische Strategie Sinn: Die militärischen Eliten sollen zum einen an der Formulierung dieser Strategie mitwirken und zum anderen ihre

eigenen Handlungen im Einsatz an die Rahmenbedingungen und politischen Prozesse vor Ort so anpassen, dass sie zur Erreichung der in der Strategie formulierten Ziele beitragen. Alle politisch-strategische Analysefähigkeit im Einsatz hilft im Zweifelsfall aber nicht, sofern es keine geteilte politik-strategische Perspektive gibt, welche die Generalrichtung weist. Und auch die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht ist aus sicherheitspolitischer Sicht der Klärung der Strategie nachzuordnen. So kann eine Wehrpflicht nur dann überzeugend gerechtfertigt werden, wenn sie zu einer Erreichung der strategischen sicherheitspolitischen Ziele tatsächlich einen entscheidenden Mehrwert liefert.

Der Umfang der Betrachtung wird insgesamt der Breite des Themas nur begrenzt gerecht. Doch während dies auch als Komplexitätsreduktion in einer pointierten Gesamtbetrachtung Sinn machen kann, passt es wenig zu dem vergleichsweise komplexen Duktus des Autors. Zudem erschließt sich die Argumentationsstruktur dem Leser nicht direkt und wird vom Autor in der Einleitung nicht erläutert. Somit nimmt der Beitrag Naumanns eine etwas unglückliche Zwischenstellung ein – zwischen einem aktuellen, pointierten Beitrag, der verschiedene aktuelle Debatten prägnant zusammenführen will, und einer in die Tiefe gehenden auch politik-philosophisch fundierten Analyse deutscher Sicherheits- und Militärpolitik. Dies reduziert die Wirkung der vielfach gut fundierten kritischen Analyse und einer Reihe mutiger und diskussionswürdiger Argumente, Denkanstöße und pragmatischer Gestaltungsvorschläge.

*Marius Müller-Hennig,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Jakarta*

CHRISTINA J. SCHNEIDER:

Conflict, Negotiation and European Union Enlargement

Cambridge 2008

Cambridge University Press, 228 S.

Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsunion hat sich die Europäische Union stetig verändert. Das Potential dieser weltweit größten Wirtschaftszone bietet Beitrittsländern die Möglichkeit, ihren Wohlstand und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Heute umfasst die Europäische Union, die einst mit sechs Mitgliedern begann, 27 Staaten. Der Beitritt weiterer Staaten wie Kroatien, Albanien oder der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wird in Aussicht gestellt.

Über einen Beitritt und die Anerkennung eines neuen Mitglieds entscheiden die Staaten der EU einstimmig, deshalb ist es unbedingtes Ziel, den Erweiterungsprozess für alle Mitgliedsstaaten attraktiv zu gestalten. Davon ausgehend,

dass eine Erweiterung der Europäischen Union vielfach mit Verteilungskonflikten verknüpft ist, kommt die Autorin zunächst zu der Schlussfolgerung, dass sich eine erfolgreiche Erweiterung positiv für alle Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten auswirken muss. Denn nur durch das Vermeiden von Negativeffekten für alle Staaten kann verhindert werden, dass ein Mitgliedsland sein Vetorecht nutzt, um den Erweiterungsprozess aufzuhalten.

An dieser Stelle setzt auch das Buch an, welches den EU-Erweiterungsprozess als eine ständige Herausforderung versteht, in deren Kern sich verschiedene Verteilungskonflikte verbergen, die trotz der Vetorechte der EU-Mitglieder eine Erweiterung nur hinauszögern, aber nicht verhindern. Verursacht werden sie durch eine ungleiche Verteilung der Gewinne und Verluste der Erweiterung zwischen den EU-Mitgliedern.

Das zentrale Thema des Buches sind dabei die Mechanismen, die den EU-Erweiterungsprozess trotz der erheblichen Spannungen zwischen Mitgliedsstaaten und Kandidaten immer wieder erfolgreich zum Abschluss bringen. Mit ihrer starken Betonung auf die entstandenen oder entstehenden Verteilungskonflikte schließt die Autorin eine Lücke in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur, die nur unzureichende Erklärungen für die Erweiterung der Europäischen Union trotz dieser Konflikte gegeben hat.

Die Autorin bietet für die Lösung des Puzzles der EU-Erweiterung einen erweiterten rationalistischen Ansatz, der über existierende Theorien zur Europäischen Union hinausgeht und gleichzeitig das Ziel verfolgt, diese zu verbessern. Der EU-Erweiterungsprozess, so die Autorin, sei in der vorangegangenen Literatur stets als »black box« behandelt worden. Den tatsächlichen Gesprächen und Inhalten, die schließlich über den Beitritt in die Europäische Union bestimmen, wurde kaum Beachtung geschenkt. Da frühere Studien sich kaum mit der Erweiterung der EU als Prozess auseinandersetzten und dadurch häufig nur die Ergebnisse Beitritt oder Ablehnung im Fokus der Analysen standen, gelangten diese Studien schnell an ihre Grenzen und hatten vor allem Mühe, die EU-Ost-Erweiterungsrunden zu erklären. Ein grundlegendes Verständnis des gesamten EU-Erweiterungsprozesses, so der Anspruch der Autorin, braucht jedoch auch eine Auseinandersetzung mit den Beitrittsverhandlungen als solche statt des reinen Fokus auf die Konsequenzen der Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten und den Beitrittskandidaten.

Im Mittelpunkt ihrer Theorie und Argumentation steht die Auseinandersetzung mit den Beitrittsverhandlungen und den Bedingungen sowie Ausgleichszahlungen, die seitens der Regierungen gefordert werden (meist von relativen Verlierern). Notwendig wird eine Kompensation der relativen Verlierer der EU-Erweiterung, um den Erweiterungsprozess für alle Mitgliedsstaaten attraktiv zu gestalten, so dass hierdurch das Veto eines EU-Mitglieds vermieden wird.

Exemplarisch greift die Autorin die Beitrittsverhandlungen über die EU-Ost-Erweiterung auf. Grundlegend standen Bedenken über die Auswirkungen auf die

jeweiligen Arbeitsmarktsituationen in den Anrainerstaaten im Zentrum der Debatten. So war Deutschlands Position zum damaligen Zeitpunkt eng verbunden mit der innenpolitischen Debatte, mit der Position der SPD sowie der linken Arbeitervereine. Strukturelle und wirtschaftliche Bedenken in Bezug auf Migration und die erwartete Welle billiger Arbeitskräfte führte schließlich zu einer Verzögerung der Beitrittsverhandlungen.

Der Autorin gelingt es nachvollziehbar, die Relevanz ihrer Argumente aus einer historischen Perspektive heraus zu verdeutlichen, indem sie unterstreicht, dass die EU-Erweiterung trotz aller positiven Gesichtspunkte ebenso auch Bedenken schüren kann. Diese Bedenken der Mitgliedsstaaten sind schließlich der Ausgangspunkt für die Verteilungskonflikte, aus denen schließlich relative Gewinner und relative Verlierer des Erweiterungsprozesses hervorgehen. Diese Verteilungskonflikte führen die Autorin zu der Annahme, dass »Intra-Unionskonflikte« den Erweiterungsprozess dominieren. Die Bedingungen der Erweiterung der Europäischen Union können als endogen bezeichnet werden.

Für eine allgemeingültige theoretische Erklärung der Erweiterung, so die Autorin, wird neben dem Verständnis der Variable »Verteilungskonflikt« auch ein Verstehen der Mechanismen zur Lösung dieser Konflikte notwendig. Im Kontext der EU-Erweiterungsgespräche stehen vor allem seit der letzten Erweiterungsrunde sogenannte »Übergangsphasen« als Lösungsinstrument, an die sich besondere Absprachen zwischen Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten knüpfen. Die Autorin differenziert diese »Übergangsarrangements« in zwei verschiedene Maßnahmetypen. So entsteht entweder eine »discriminatory« oder eine »differentiated« Mitgliedschaft, wodurch die asymmetrische Anwendung der Mitgliedschaftsrechte und Regeln als Vorteile für alte und neue Mitglieder umschrieben wird. Neumitgliedern werden die »differentiated membership rights« als ein Weg angeboten, um relative Verlierer zur Zustimmung zu bewegen, wenn die Gesamtgewinne zwar positiv sind, aber einige Mitgliedsstaaten Verluste erwarten und die Zustimmung zur Mitgliedschaft der Beitrittskandidaten gefährdet ist. Die durch diese Übergangsphase vielmehr »stufenweise« Gewährung der Mitgliedschaftsrechte ist nach den Ausführungen der Autorin als Instrument zu verstehen, auftretende Verteilungskonflikte zu lösen, um dadurch einen möglichen Stillstand der Beitrittsverhandlungen zu verhindern.

Die vorgenommene empirische Untersuchung der Hypothesen zeigte beispielsweise, dass die EU-Mitgliedsstaaten am wahrscheinlichsten ernste Verteilungskonflikte bei einem Beitritt in die drei Politikbereiche »European Agricultural Guidance and Guarantee Funds« (EAGGF), »European Reconstruction and Development Fund« (ERDF) und »Integration of Labour« erwarten und dass die Wahrscheinlichkeit der Anwendung der »differentiated membership rights« als ein Konfliktlösungsinstrument in diesen drei Politikfeldern sehr hoch ist.

Insgesamt bietet das Buch eine sehr gute Alternative zu vorherrschenden wissenschaftlichen Arbeiten, um die Komplexität der EU-Erweiterung und vor allem

der Osterweiterung auf zugängliche Art zu verstehen. Die gelungene sowie notwendige Ergänzung und Verbesserung vergangener Ansätze geht über traditionelle Schulen der Forschung zur EU-Erweiterung hinaus und entwickelt neue Modelle, um eben jene »black box« der Verhandlungsrunden offenzulegen. Die ausführliche Skizzierung der Verteilungskonflikte zwischen den Mitgliedern der EU (potentiellen relativen Verlierern) und den Beitrittskandidaten hat deutlich gemacht, dass ausreichend Instrumente und Methoden vorhanden sind, um die Konflikte langfristig und erfolgreich zu lösen und die Integrationskraft der Europäischen Union weiter zu stärken.

*Anja Kluge,
Heidelberg*

ANTJE STEPHAN:

Die Beschäftigungspolitik der EU. Genese, Etablierung und Grenzen der EBS

Baden-Baden 2008

Nomos, 390 S.

Längst hat die in ihrer Dimension historische internationale Finanzkrise auch die Güter- und Arbeitsmärkte Europas erreicht. Der EU droht ein weiterer massiver Anstieg der ohnehin beachtlich hohen Arbeitslosigkeit. Dass die aktuelle Neugestaltung der europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, die der Europäische Rat im Jahr 2000 unter dem Namen Lissabon-Strategie ins Leben rief, nun genau in die Hochphase der weltweiten Rezession fällt, führt einmal mehr die Interdependenzen der Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten deutlich vor Augen. Angesichts globaler Krisenursachen und der grenzüberschreitenden Wirkungen der verschiedenen Interventionsinstrumente ist eine europäische Beschäftigungspolitik nötiger denn je.

Die Beschäftigungspolitik der EU ist schon heute ein komplexes und bisweilen prozedural ausuferndes Politikfeld, wie Antje Stephan in ihrer Monographie zur Entstehung und Entwicklung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) aufzeigt. Das umfangreiche Werk lehnt sich in seinem Aufbau eng an die Evolution des Politikfeldes an, um die aufgeworfenen Forschungsfragen nach Charakteristika, Entwicklungsdynamik, Vor- und Nachteilen sowie Erfolgen der EBS zu beantworten.

Die Autorin verdeutlicht, dass europäische Beschäftigungspolitik spätestens seit der Festschreibung der Wirtschafts- und Währungsunion in den Maastrichter Verträgen und der damit verbundenen Einengung nationaler Handlungsspielräume in beschäftigungspolitisch relevanten Feldern wie Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik eine neue Dynamik gewonnen hat. Diese deutete sich schon im rich-

tungsweisenden Weißbuch der Europäischen Kommission »Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung« von 1993 an und mündete über die beschäftigungspolitischen Gipfelbeschlüsse in Essen, Madrid und Dublin schließlich in der Integration eines eigenen Beschäftigungskapitels in den 1997 verabschiedeten Amsterdamer Vertrag. Die darin vereinbarte Koordination nationaler Beschäftigungspolitiken nimmt in der beim Beschäftigungs-sonderrgipfel in Luxemburg ausgestalteten EBS konkrete Gestalt an (S. 96ff). Der EBS-Prozess ist als Politzyklus gestaltet, an dessen Beginn der Rat der EU eine Reihe von beschäftigungspolitischen Leitlinien beschließt, die wiederum als Vorbild für die Erstellung nationaler Aktionspläne dienen. Die Umsetzung der vereinbarten Ziele und Instrumente durch die Mitgliedsstaaten wird mittels verschiedener Monitoring- und »Peer Review«-Verfahren regelmäßig überwacht, Sanktionen für Nichteinhaltung existieren jedoch nicht.

Die Genese der Europäischen Beschäftigungsstrategie zeichnet Stephan ebenso gründlich und übersichtlich nach wie die spätere Einbindung der EBS in die Lissabon-Strategie, welche mit einer Abstimmung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele und Instrumente der Mitgliedsstaaten über die Offene Methode der Koordinierung (OMK) das ausgerufene Ziel der EU verwirklichen sollte, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden (S. 140ff). Die Tatsache, dass mit der Einbindung in die bedeutende Lissabon-Strategie für die Beschäftigungspolitik eine höhere Verbindlichkeit und gestiegene Bedeutung im Vergleich zu anderen Tätigkeitsbereichen der EU zum Ausdruck kommt, die aber mit der Gefahr einhergeht, dass die EBS noch stärker unter die Imperative der auf Inflationsbekämpfung fixierten EU-Wirtschaftspolitik subsumiert wird, wird von der Autorin in ihrer Ambivalenz erkannt (vgl. S. 188f; S. 323).

Überhaupt ist das erhellende Augenmerk auf die Einbindung der EBS in (und die Begrenzung der EBS durch) die orthodoxen stabilitätspolitischen Vorgaben und Prozesse der EU-Wirtschaftspolitik, allen voran die Wirtschafts- und Währungsunion, der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, eine große Stärke des Buches. In allen späteren Kapiteln unterzieht die Autorin die Verortung der EBS in der »economic governance« der EU einer kritischen Evaluation. Dabei wird deutlich, dass die EBS wegen ihrer Unverbindlichkeit, ihrer mangelnden Finanzausstattung und der engen Anbindung an die auf Haushaltsstabilität und Deregulierung ausgerichteten Grundzüge der Wirtschaftspolitik keine Beschäftigungspolitik im umfassenden Sinne leisten will und kann, sondern lediglich angebotsseitige Lösungsansätze unterbreitet (vgl. S. 164). Damit bleibt gerade die zentrale Problematik der mangelnden Nachfrage nach Arbeitskräften ausgeblendet, die durch eine Koordinierung makroökonomischer Politiken besonders erfolgsversprechend auf europäischer Ebene angegangen werden könnte. In das Stabilitätskorsett der Wirtschafts- und Währungsunion eingeschnürt bleiben Instrumente wie der Makroökonomische Dialog, die diese Schwäche zumindest potenziell beheben könnten, jedoch weitgehend wirkungs-

los (S. 275f). Stattdessen ist die Europäische Beschäftigungsstrategie in weiten Teilen lediglich eine Koordination nationaler Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitiken unter Ausblendung investiver Stimuli. Daher ist es wenig verwunderlich, dass der Erfolg der EBS in substanzieller Hinsicht unzureichend ist (S. 324).

Daneben richtet die Autorin ihren Blick insbesondere auf die inhaltliche Entwicklung der EBS, vornehmlich der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Dabei zeigt sich, dass der Fokus der EBS im Zeitverlauf weg von der reinen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, hin zu einem »umfassenderen Ansatz, [um] mehr und bessere Arbeitsplätze in einer integrativen Gesellschaft zu schaffen« (S. 321), einem Ansatz, der spezifische Zielgruppen gesondert anspricht. Diese Konzentration auf die individuellen Ursachen von Arbeitslosigkeit entspricht den Paradigmen von »Beschäftigungsfähigkeit« (employability) und »Aktivierung«, die die Leitlinien der EBS durchziehen. Die genauen Einblicke in die Weiterentwicklung des Verfahrens und die Ausdifferenzierung der beschäftigungspolitischen Zielkataloge gewinnt Stephan durch eine umfassende Darstellung der Entwicklung der EBS sowohl in prozeduraler als auch substanzieller Hinsicht, einschließlich der verschiedenen Zwischenbewertungen und Revisionen der Beschäftigungspolitik, wie sie etwa 2002 für die EBS und 2005 für die gesamte Lissabon-Strategie stattgefunden haben.

Diese Vollständigkeit bezahlt das Buch jedoch gelegentlich mit der enumerativen Struktur und dem eher formelhaften Sprachstil, die die EU-Kommuniqués oft prägen. Eine klarere Pointierung wesentlicher Veränderungen in den einzelnen Reformschritten statt der Auflistung sämtlicher modifizierter Elemente, hätte an einigen Stellen die zentralen Konfliktfelder prägnanter herausstellen können. Die Vernachlässigung der Konfliktdimension offenbart sich umso mehr, als die Kontroversen um die Gestaltung der EBS auf diejenigen zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten einerseits und den unterschiedlichen EU-Institutionen bzw. deren Untereinheiten andererseits eingegrenzt werden. Die vielfach von ideologischen Unterschieden geprägten Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene, wie etwa die zwischen den europäischen Parteien, zwischen Kapital und Arbeit oder zwischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, werden am Rande behandelt.

Dennoch gibt das Buch einen gelungenen und aufschlussreichen problemorientierten Überblick über die Beschäftigungspolitik der EU und ihre Beziehungen zu angrenzenden Politikfeldern. Mit seinem Faktenreichtum und seiner übersichtlichen Systematisierung bietet es Forschenden der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik eine wertvolle Analyse eines immer bedeutender werdenden Politikfelds. Damit liefert die Schrift Antje Stephans auch einen wichtigen Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen und Vorschläge zur möglichen Neuausrichtung der EU-Wachstums- und Beschäftigungsförderung nach dem Ende der Lissabon-Strategie 2010. Dass diese in ihrer gegenwärtigen, auf den Leitprinzipien Deregulierung und Liberalisierung beruhenden Form gescheitert ist, wird

durch die aktuelle europaweite Krise noch einmal unterstrichen. Konzepte für eine neue soziale und nachhaltige Wachstumsstrategie einschließlich einer koordinierten Makropolitik, die die Beschäftigung in der EU wirksam erhöhen könnte, existieren schon heute. Die Dringlichkeit einer solchen Neuausrichtung dürften die nächsten Arbeitslosenzahlen leider erneut in aller Deutlichkeit unterstreichen.

*Matthias Ecke,
Leipzig*

**SABINE LUDWIG / JÜRGEN WILHELM (Hrsg.):
Klimawandel und Entwicklungspolitik**

Dienheim 2009

Iatros Verlag, 192 S.

Der globale Klimawandel ist eine wichtige Herausforderung in diesem Jahrhundert. Seit Jahren werden Zukunftsszenarien für die kommenden Jahrzehnte diskutiert, die alle in die gleiche Richtung weisen: Negative Veränderungen des Klimas und der klimatischen Prozesse sind nicht nur zu befürchten, sondern müssen erwartet werden. Trendfortschreibungen verheißen weltweite Auswirkungen, was bedeutet, dass ein Großteil der Menschheit unmittelbar betroffen wäre. Komplex sind dabei nicht nur die vielfältigen Faktoren, die zu Veränderungen des Klimas beitragen, sondern auch die Diskussion um die Qualität der notwendigen Reaktion: Die Auswirkungen des Klimawandels sind zu minimieren, während gleichzeitig das allgemeine Wohlstandsniveau bewahrt beziehungsweise gesteigert werden soll.

Während durch den Klimawandel bedingte regionale Konflikte Menschen weniger entwickelter Länder belasten, der steigende Meeresspiegel bereits die Existenz einiger Atolle bedroht und immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden, zeigt gerade die Antwort der reichen Länder auf die aktuelle Wirtschaftskrise die zukünftigen Frontlinien exemplarisch auf: Die üppig dimensionierten rasch beschlossenen nationalen Hilfsprogramme zielen auf die kurzfristige Sicherung der Wirtschaftsstandorte, des Arbeitsplatzpotenzials und damit des aktuellen Wohlstandes ab. Die effizientere Nutzung natürlicher Ressourcen und damit ein Beitrag zum Klimaschutz sind nachrangige Nebeneffekte dieser Investitions- und Hilfsprogramme.

Die weltweiten Folgen der Belastung der Atmosphäre durch anthropogen erzeugte klimaschädliche Stoffe sind mittlerweile allgemein anerkannt, diskutiert wird lediglich die Intensität der langfristigen Auswirkungen. Seit Jahren wird auf großen internationalen Kongressen mühsam versucht, eine weltumspannende Agenda und Grenzwerte auszuhandeln und im Sinne eines konzertierten Vorge-

hens verbindlich festzulegen, um so eine entscheidende Abmilderung des Klimawandels zu erreichen. Der weitere Verfahrensschritt, diese Limitierungen und entsprechende Reformen der nationalen Entwicklung tatsächlich umzusetzen, ist für viele der beteiligten Länder schwierig. Da sich eine Erschöpfung natürlicher Ressourcen abzeichnet – übrigens wie bereits 1972 vom Club of Rome prognostiziert –, sichern sich kapitalkräftige Unternehmen und Staaten gegenwärtig ihren Anteil an den noch vorhandenen Rohstoffquellen. Der aktuelle Prozess erinnert an den sich beschleunigenden Imperialismus des vorletzten Jahrhunderts.

Gefordert sind Verantwortung und der Beitrag aller, um den durch den Klimawandel drohenden Gefahren zu begegnen. In den reichen Gesellschaften ist ein neues Wohlstandsmodell zu finden, das eine drastische Verringerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und nachhaltiges Wirtschaften begünstigt. Dieses Modell muss ausreichend attraktiv sein, um zum Vorbild für die sich entwickelnden Länder zu werden. Den Armen ist Unterstützung anzubieten, so dass beispielsweise die Abholzung von Wäldern verringert wird, die Nutzung von Ressourcen effizienter wird und Migrationsbewegungen weniger konfliktreich stattfinden. Armutsminderung, Reduzierung des Bevölkerungswachstums, bessere Bildung und Gesundheitsversorgung, Ausbau der Infrastruktur sowie umfangreichere Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung erhalten damit einen neuen Kontext.

Hierbei ist partnerschaftlich vorzugehen, den gegebenen Bedürfnissen und Möglichkeiten ist spezifisch zu entsprechen. Dieser Grundsatz sollte auch für die Staaten und Gesellschaften gelten, deren innerer Zusammenhalt durch die Gefahr klimainduzierter Konflikte bedroht wird. Insgesamt geht es dabei auch um die Definition des Verständnisses, wie die Mitglieder der Weltgemeinschaft solidarisch miteinander umgehen wollen. Alle Beteiligten haben initiativ die Aufgaben, die mit der Vorbeugung der Folgen des Klimawandels verbunden sind, als eigene Verantwortung zu begreifen.

Vor diesem Hintergrund ist das aktuelle Buch »Klimawandel und Entwicklungspolitik« ein wichtiger Beitrag. Die Herausgeber Sabine Ludwig und Jürgen Wilhelm haben darin eine Vielzahl von relevanten Beispielen aus der aktuellen Praxis der Entwicklungszusammenarbeit staatlicher und nichtstaatlicher deutscher Organisationen zusammengestellt. Sie zeichnen dadurch nicht nur die bereits vorhandenen Dimensionen der Problematik des Klimawandels anhand exemplarischer Fälle nach, sondern führen auch den Nachweis, dass Gegenmaßnahmen mit nachhaltigen Wirkungen insbesondere in weniger entwickelten und kapitalkräftigen Regionen möglich sind und das Potential für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten groß ist.

Die Beiträge von mehr als 25 international arbeitenden Wissenschaftlern, Praktikern und Umweltexperten werfen facettenreiche Schlaglichter auf die aktuelle Einbindung des Aspekts Klimawandel in die Entwicklungszusammenarbeit. Deutlich wird, dass die Akteure – von der Rahmen setzenden Entwicklungspoli-

tik, den verschiedenen Organisationen der Entwicklungshilfe bis hin zur Wirtschaft – auf allen Ebenen abgestimmt zusammenarbeiten müssen. Die traditionelle Methodik, Klimakrisen zunächst als lokales Ereignis zu begreifen, erscheint überholt. Vielmehr müssen sich wirtschaftliche Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit den langfristigen und komplexen Wirkungsketten der Klimaproblematik kompetent stellen.

Der Sammelband von Sabine Ludwig und Jürgen Wilhelm, beides Fachkräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit, richtet sich erkennbar sowohl an die entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit als auch an Fachleute und Wissenschaftler. Für erstere dürfte die Publikation wie ein Lesebuch erscheinen, dessen eher knapp gefasste Artikel je nach Interesse gelesen werden können, was die Zusammenfassung der Autorenangaben und Literaturreferenzen am Ende des Buches zusätzlich begünstigt. Experten werden dieses Buch begrüßen, da darin eine Vielzahl von Gedanken und Lösungsansätzen in nüchterner Sprache zu finden sind und damit Anregungen und Referenzen für die Praxis extrahiert werden können. Die Herausgeber haben den verschiedenen Autoren kein systematisches Gliederungsschema für ihre Beiträge verordnet.

Das Buch leistet einen Beitrag zur wichtigen Vernetzung von Politik, Wissenschaft und Praxis. Die Grundlagen der Problematik »Klimawandel« werden dabei als weitgehend bekannt vorausgesetzt. Allerdings lassen die Beschreibungen zu den verschiedenen Beispielen aus Südamerika, Afrika und Asien die schon jetzt vorliegenden Dimensionen dieser weltumspannenden Problematik erahnen, was wiederum kompetentes und robustes Agieren der Entwicklungspolitik sowie der diversen Organisationen fordert.

Die vorgestellten Beispiele werden dabei nur skizziert. Auf Details, Karten oder die Darstellung der jeweiligen Ziel- und Maßnahmenmatrix oder Projektdaten wird verzichtet. Dadurch wird eine Überfrachtung mit Daten und Fachbegriffen vermieden, was der Lesbarkeit des Buches sehr entgegenkommt. Die vorliegende Kompilation von Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven ermöglicht einen Überblick über den aktuellen Sachstand. Angesichts des begrenzten Umfangs erhielten Aspekte wie kulturelle Rahmenfaktoren, die Analyse unter soziologischen Kriterien, das Bildungsniveau bei der Bevölkerung, Projektpartnern sowie Regierungen, Partizipationsmöglichkeiten der Betroffenen und eine kritische Würdigung der Intervention durch die Wirtschaft nur beschränkten Raum.

Die Artikelsammlung kann als Beitrag zu einer Bestandsaufnahme verstanden werden, auch wenn einige weitere Themen wie ökologischer Stadtbau angesichts zunehmender Urbanisierung, Korruptionsproblematik, Verlagerung und Vermeidung von Verkehr sowie insbesondere der internationale Tourismus nicht berücksichtigt werden konnten. Hierbei sind sicherlich die spezifischen Aufgabenschwerpunkte der beteiligten Autoren mit zu bewerten. Durch seine Sachlichkeit unterstützt das Werk die geordnete aktuelle Diskussion.

Die Vielfalt der präsentierten Projektbeispiele kann auch als Vorbild und Anregung für die entwickelten Länder verstanden werden: Maßnahmen für einen Wandel sind möglich! Der Sammelband ist damit ein gutes Medium im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland.

Eine Präsentation von Musterlösungen oder Kataloge mit Forderungen an die hiesige Politik hätten der Authentizität der Erfahrungen und Meinungen der Fachleute keinen guten Dienst erwiesen. Es genügt die an mehreren Stellen klare Sprache der Autoren, die von großem persönlichem Engagement um dieses Thema zeugt. »Der Klimawandel ist längst Realität«, lautet eine der Kernaussagen im Beitrag von Dietmar Dirmoser. Er nennt unter anderem die Vielzahl von Konflikten, bei denen Umweltprobleme eine zentrale Rolle spielten, und die steigende Zahl an humanitären Katastrophen aufgrund von Unwettern. Klimapolitik wird damit auch zur Sicherheitspolitik.

Eine spannende Aussage im Beitrag von Michael Scholze ist die Feststellung, dass zum Beispiel ein Viertel der Projekte der Weltbank bedeutenden Klimarisiken ausgesetzt ist. Anders gesagt, größere Leistungen und Investitionen der Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahrzehnte werden durch den Klimawandel bedroht. Scholze appelliert, dass »Klimawandel« als wichtiges Querschnittsthema zu behandeln ist, sprich jedes Projekt diese Komponente behandeln sollte.

Susanne Scholaen fordert anhand ihres Beispiels aus der Andenregion, dass nun auch Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement in die Projekte der Entwicklungszusammenarbeit integriert werden müssen. Sie verweist auf die Hilflosigkeit der betroffenen Bevölkerung mit den für sie nicht überblickbaren Kausalzusammenhängen der Folgen des Klimawandels einerseits und der steigenden Häufigkeit von lokal auftretenden Extremwetterlagen andererseits. Überlieferte Handlungsweisen der Bevölkerung sind nun einem starken Anpassungsdruck unterworfen, was Auswirkungen auf Kultur und Gesellschaft hat.

»Wir brauchen Politiker mit Mut und Weitblick, die über ihren Vier-Jahres-Horizont hinaus Probleme angehen«, lautet eine der erfrischenden Aussagen von Stefan Rostock und Jan Burck. Ulrich Lorenz fordert anhand seiner Erfahrungen in Peru: »Klimawandel ist ein Thema der Menschenrechte.«

Corinna Hornemann tritt in ihrem Beitrag für einen Wandel des Konsumverhaltens in Deutschland ein. »Voraussetzung für Verhaltensänderungen (...) ist allerdings, dass man sich der Problematik bewusst ist«, schreibt sie am Ende ihres Fazits. Ihre Mahnung dürfte jeden Leser dieses Sammelbands erreichen.

*Frank Wiesemann,
Meschede*